

STAATSARCHIV HAMBURG

213-13 Landgericht Hamburg -
Wiedergutmachung

3444


REGIS GmbH

Art.-Nr. 37160-D6/HAM
Einschlagmappe gemäß ISO 16245

Dr. Walter Magnus
Dr. Emil von Sauer
Dr. Ulrich Zinkeisen
RECHTSANWÄLTE
Hamburg 1
Mönckebergstraße 19 I.

Eingegangen

25. MAI 1951

mit 1 Anlagen

16

Fernsprecher: Sammelnummer 33-66-68

32 63 69
32 52 54

Hamburg, den 23. Mai 1951



An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Bl. 17 Erbschein v. Leitakte

V/Z 638-1- -2-

Betr.: Rückerstattungssache Elika May Nachlass.

In Erledigung der Zuschrift lege ich beglaubigte Abschrift des vom Amtsgericht Hamburg unter dem 29. Jan. 1951 erteilten Erbscheins vor, aus dem sich ergibt, dass Alleinerbe der Frau Elika May Fritz Weil ist.

Dessen Anschrift lautet:

17 Provost Road
Hampstead
London N.W. 3/England

Im übrigen ist es mir noch nicht möglich gewesen, irgendetwas Genaues über den Wert des Silbers zu erfahren. Es ist seinerzeit von der einstigen Hausangestellten der Erblasserin, Frau Anita Schmidt, zurzeit Darmstedt, Robert Schneiderstr. 30, abgeliefert worden. Eine Quittung hierüber ist nicht mehr vorhanden. Ich muss weiterhin versuchen, von Frau Schmidt, die in absehbarer Zeit nach Hamburg kommen wird, Näheres hierüber zu erfahren.

Der Rechtsanwalt

Assessiert am 8.6.51
Gelesen am
Abgesandt am 9.6.51

vS/S.

1. *Scheiter an oben*
Sie werden gebeten gemäß Art 54 II die Wertangaben bis 30. 8. 57 einzumitteln für jeden einzelnen entzogenen Gegenstand
2. *3.6.50*
3. *J. a. 20.3.12 G. N. N. 1.6.57*
4. *6/9 57*

Dr. Emil von Sauer
Dr. Ulrich Zinkeisen
Rechtsanwälte

Fernsprecher: 32 63 69 und 32 52 54

Bank-Konto: Vereinsbank in Hamburg
Postcheck-Konto: Hamburg Nr. 11613
unter Dr. Emil von Sauer

Eingegangen
25. MAI 1951
mit 2 Fall
8 Anlagen

HAMBURG 1, den 23. Mai
Mönckebergstraße 191.
(Hanse-Haus C)

18
1951

Vorgelegt - nach Fristablauf - am:
7.7.51



Nr.

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Ausgefertigt am 8.6.51
Gelesen am 9.6.51
Abgelesen am 7.7.51
J. a. d. g. z. d. v. M. N. bis 30.6.51

V/Z 638 -1-

✓ 2. 3.6.51
✓ 3. 8/7
S c h r i f t s a t z

1.6.51
h

in der Rückerstattungssache

Elika May Nachlass gegen Deutsches Reich
/Dres. v. Sauer, Zinkeisen/
betr. Hausrat

1) Ich lege zunächst eine beglaubigte Abschrift des vom
Amtsgericht Hamburg unter dem 29. Jan. 1951 erteilten Erbscheins
vor, aus dem sich ergibt, dass Alleinerbe der Frau Elika May
Fritz Weil ist.

Dessen Anschrift lautet:

17 Provost Road
Hampstead
London N.W. 3/England

2) Ich füge ferner als

A n l a g e 1

ein an mich gerichtetes Schreiben der Oberfinanzdirektion vom
12. Mai 1951 bei. Die darin erwähnten Protokolle liegen als

A n l a g e 2

an. Es ergibt sich daraus, dass der Versteigerungserlös der
gesamten Gegenstände nur RM 1651.85 betragen hat, hinsichtlich
dessen ohne weiteres eine Schadensersatzpflicht des Oberfinanz-
präsidenten gegeben ist. Erfahrungsgemäss betrug aber der bei
derartigen Versteigerungen erzielte Wert mindestens das zwei-
einhalbfache, sodass sich der Wert der entzogenen Gegenstände
auf mindestens RM 4.129.63 gestellt hat.

4

Handwritten note on the right edge: ... - ...

Da es sich nicht um eine Geldsumme, sondern um eine Wertschuld handelt, ist dieser Betrag im Verhältnis 1:1 umzustellen, sodass sich eine Schadensersatzpflicht des Antragträgers in Höhe von DM 4.129.63 ergibt. *ist nun zu verweisen an Kammer*

3) Die Ansprüche:

- a) ersatzlose Abgaben für Umzugsgut;
- b) Abgaben an den Jüdischen Religionsverband;
- c) Kapitaltransfer

} *2 Punkte*

sind zurzeit noch nicht zur Entscheidung reif. Sie werden voraussichtlich in anderen Sachen von der Wiedergutmachungskammer und dem Oberlandesgericht entschieden werden, sodass beantragt wird,

das Verfahren insoweit ruhen zu lassen.

4) Hingegen kann nunmehr über folgende Ansprüche eine Entscheidung getroffen werden:

a) Judenvermögensabgabe

Es liegt mir ein Bescheid des Finanzamtes Hamburg-Rechtes Alsterufer -Aktenzeichen: 086/13- vom 29.Dez. 1938 vor, wonach die von der Erblasserin zu leistende Judenvermögensabgabe auf RM 10.800.--,

die in 4 Teilbeträgen von je RM 2.700.--

zu entrichten war, geleistet werden musste.

Bekanntlich trat hierzu noch eine 5.Rate von 2.700.--,

sodass die insgesamt bezahlte Judenvermögens-

abgabe sich auf

RM 13.500.--
=====

n. T. Seite

stellt.

b) Reichsfluchtsteuer

Laut Bescheid des Finanzamtes Hamburg-Rechtes Alsterufer

vom 27.April 1939 -Aktenzeichen: 86/13- betrug die Reichs-

fluchtsteuer

RM 10.407.--
=====

2 Teilbetr.

Über die Höhe dieser Beträge, deren Richtigkeit der Antragträger anhand der obigen Angaben ohne weiteres nachprüfen kann, wird daher ein Feststellungsbescheid zu erlassen sein.

Der Rechtsanwalt

[Handwritten Signature]

vs/S.

Rechtsanwalt - Kammer

20

Abschrift der Anlage 1

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5210-M 40 - V 115 c

Hamburg 11, 12. Mai 1951

Rödingsmarkt 83

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Emil von Sauer

Hamburg 1

Mönckebergstr. 19

Betr.: Rückerstattungssache Frau Erika May Nachlass.

Bezug: Ihr Schreiben vom 25. April 1951 - 47 729.

Anl.: 2

Der in meinem Schreiben vom 8. Mai 1950 genannte Versteigerungserlös von insgesamt 1.651.85 RM setzt sich aus dem Versteigerungserlös des Versteigerers Schlüter, überwiesen an die Oberfinanzkasse von der ehemaligen Gestapo am 11.1.1943 in Höhe von 1.484.90 RM und dem Versteigerungserlös des Gerichtsvollziehers Bobsien in Höhe von 166.95 RM, überwiesen an die Oberfinanzkasse Hamburg am 11.5.1943, zusammen. Insofern dürfte ein Missverständnis vorgelegen haben.

In der Anlage übersende ich Ihnen je eine beglaubigte Abschrift der Versteigerungsabrechnungen des Versteigerers Schlüter und des Gerichtsvollziehers Bobsien zur gefl. Bedienung.

Im Auftrag:

gez. Dr. Holdeigel

Beglaubigt:

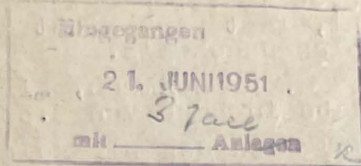
L.S. gez. Unterschrift

Zollinspektor

/s.

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand
dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht. Hmb.



H a m b u r g
- - - - -

Betr.: Rückerstattungssache Frederik Weil, London
als Rechtsnachfolger der Frau Erika May Nachl.

Bezug: dort. Schreiben vom 8.6.51 Akt.-Zeich. V/Z 638 - 1 -

Anlagen: 2

Zu dem mir mit Bezugsschreiben übersandten Schriftsatz des
Berechtigten vom 23.5.51 nehme ich wie folgt Stellung:

Versteigerungserlös

Das von dem Berechtigten beanspruchte Umzugsgut wurde von
dem Auktionator Schlüter sowie von dem Gerichtsvollzieher
Bobsien im Auftrage der Gestapo versteigert. Der Bruttoerlös
betrug 2.312,30 RM.

Von dem Antragsteller wird ein Anspruch in Höhe des 2 $\frac{1}{2}$ fachen
Erlöses geltendgemacht.

Wenn auch im vorliegenden Falle der damalige Zustand der Gegen-
stände heute nicht beurteilt werden kann, so besteht doch bei
den erzielten Erlösen der nachstehend aufgeführten Positionen
des Versteigerungsprotokolls die Vermutung, daß die hier genann-
ten Hausstandssachen unter Wert abgegeben wurde, so z.B.
bei den Nr. 1751, 1782, 1800, 1808, 1827, 1829, 1858, 1862 und
1876.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Erwägungen halte ich
eine Entschädigungssumme von 3.500,-- RM als für beide Parteien
angemessen.

Insoweit bin ich mit folgendem Beschlusse einverstanden:

Es wird festgestellt, daß das Deutsche Reich zum Schadensersatz
in Höhe von 3.500,-- RM für entzogenen Hausrat verpflichtet ist.

Zeitpunkt der Entziehung ist der 1.2.43.

Der Antragsteller wird verpflichtet, alle Ansprüche gegen die
Käufer der versteigerten Gegenstände an den Antragsgegner ab-
zutreten.

Die von dem Berechtigten geforderte Umstellung auf D-Mark im
Verhältnis 1:1 ist nicht möglich.

Sollte der Berechtigte mit dem Vorschlag nicht einverstanden
sein, so wird gebeten, die Sache an die Kammer zu verweisen.

Für diesen Fall wäre dem Berechtigten aufzuerlegen, für seine
Mehrforderung der Höhe nach Beweis anzutreten.

Judenvermögensabgabe

Nach Bestätigung des Finanzamts Rechtes Alsterufer war die Rechtsvorgängerin des Berechtigten, Frau Erika May, zu einer Judenvermögensabgabe von 13.500,-- RM veranlagt worden. Ob diese Abgabe auch entrichtet worden ist, läßt sich nicht mehr feststellen. Somit fehlt ein amtlicher Zahlungsnachweis.

Dagegen weist die Fa. Brinckmann, Wirtz & Co. die Zahlung von Judenvermögensabgabe in Höhe von 9.337,91 RM nach.

Die einzelnen Beträge wurden wie folgt geleistet:

als 2. Rate	2.700,-- RM	am 9.2.39
" 3.u.4. Rate	5.387,60 "	4.7.39
" 5. Rate	1.250,31 "	4.1.40

Die 1. Rate von 2.700,-- RM soll nach Angabe des Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co. vermutlich von der Vereinsbank Hamburg entrichtet worden sein. Dieses wird jedoch von der letztgenannten Bank nicht bestätigt.

Da die Raten 2 - 5 entrichtet worden sind, ist anzunehmen, daß auch die erste gezahlt worden ist. Somit wären insgesamt 12.037,91 RM als Judenvermögensabgabe geleistet worden.

Wodurch sich der Unterschied zwischen dem festgesetzten Betrag von 13.500,-- RM und der gezahlten Summe von 12.037,91 RM ergibt, läßt sich nicht feststellen.

Hinsichtlich der Rückerstattung der beanspruchten Judenvermögensabgabe bin ich aber gleichwohl bereit, einen RM-Feststellungsbeschuß über 13.500,-- RM anzuerkennen.

Reichsfluchtsteuer

Die geltendgemachte Reichsfluchtsteuer ist nach Mitteilung des Finanzamts Rechtes Alsterufer auf 10.407,-- RM festgesetzt und vermutlich durch Abtretung einer Kaufpreisforderung in Höhe von 16.000,-- RM auch abgedeckt worden.

Diese Annahme wird auch durch die Bank Brinckmann, Wirtz & Co. bestätigt, die eine Zahlung von 10.615,-- RM als Reichsfluchtsteuer nachweist.

Aus vorstehenden Gründen bin ich mit dem Erlaß eines RM-Feststellungsbeschlusses über 10.407,-- RM einverstanden.

Als Zeitpunkt der Entziehung gilt der 4.7.39.

Offenbar ist der überwiesene Mehrbetrag für andere Steuern entrichtet worden.

Im Auftrag
gez. Rebeling



Beglaubigt

Zollinspektor

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: V/Z 638-1-

Hamburg 36, den 12. Juli 1951
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude
(Anbau) III. Stock Zimmer 833
Fernsprecher: 35 17 31

B e s c h l u s s

In der Rückerstattungssache

des Herrn Frederic Weill,
London,

Antragsteller,

Bevollmächtigter: R.A. Dr. v. Sauer,
Hamburg 1, Mönckebergstr. 19,

g e g e n

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde,
diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,
Aktenzeichen: O 5210 - M 40 - V 115 d (fr. P 55 d),

Antraggegner,

beschliesst das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg durch
den Regierungsrat Dr. M ö r i n g :

Der 1. Teilbeschluss vom 23.6.1951 wird dahin
berichtigt, dass es im Tenor statt DM 13.500.-
richtig heissen muss:

"RM 13.500.-"

Möring
(Möring, Dr.)
Regierungsrat

Har. 9. 7. 52 *Jm*

Verfügung:

1. ✓ Berichtigungsbeschluss vom 12.7.51 zustellen an:

- ✓ a) R.A. Dr. v. Sauer Hbg. 1, Mönckebergstr. 19 ✓
✓ b) Oberfinanzdirektion Hamburg

L
(Möring, Dr.)
Regierungsrat

Ausgefertigt am 12.7.51
Gelesen am
Abgesandt am 17.7.51 *Jm*

E i d e s s t a t t l i c h e E r k l ä r u n g

44

Ich, Karl Hermann May, wohnhaft in 5, Hanadiv Avenue, Mount Carmel, Haifa, Israel, versichere hiermit an Eidesstatt, dass mir meine verstorbene Mutter, Frau Erika May, früher wohnhaft in Hamburg 13, Hagedornstrasse 14, mir im Jahre 1933 £ 1000 im Gegenwerte von ca. RM 13 500,-- zur Verfügung stellte, um mir meine Auswanderung nach Palästina zu ermöglichen. Auf den genannten Betrag musste meine Mutter im Jahre 1935 nachträglich Reichsfluchtsteuer zahlen.

Haifa, d. 15. Februar 1952.

Karl Hermann May